

Gauweiler kämpft gegen die Verzweigung

Wenn es darum geht, nein zu sagen, ist auf Doktor **Peter Gauweiler**, 60 Jahre alt, CSU-Mitglied und MdB, Verlass: Er sagte schon nein zur Oktoberfest-Mafia, nein zum Grünen Punkt, nein zu deutschen Tornados über Afghanistan, nein zum Lissabon-Vertrag und erst vor wenigen Wochen nein zur Griechenland-Rettung.

Als Gauweiler am vergangenen Freitag ins Flugzeug von Berlin nach München stieg, hatte er wieder einmal mit Nein gestimmt, dieses Mal im Bundestag, gegen den Rettungsschirm für den Euro, an dem sich Deutschland mit Garantien über 148 Milliarden Euro beteiligt. Außer Gauweiler stimmten so nur drei andere Unionsabgeordnete. Gauweiler beobachtet die „politische Verzweigung“ der Abgeordneten schon eine Weile. „Gefühlte 90 Prozent der Fraktionskollegen hätten sicher lieber gegen dieses Abenteuer gestimmt.“ Dass es keine 90 Prozent wurden, sei kein Wunder: „Die Leute sind heftig geknetet worden.“ Es seien Sätze gefallen wie: „Bedenken Sie, dass Sie Fraktionsämter haben.“

Euro-Skeptiker war der Jurist sowieso immer. „Für mich waren die Stabilitätskriterien die einzig akzeptable Brücke zum Euro. Jetzt wurde die Brücke eingerissen.“ Deshalb schickte der bärtige Bayer am Freitag auch gleich seinen alten Weggefährten **Dietrich Murswiek** zur Post: Der Rechtsprofessor aus Freiburg expedierte Gauweilers Verfassungsbeschwerde nach Karlsruhe. Das Argument der beiden: Für den Wandel der EU zur Transfergesellschaft gebe es keine demokratische Legitimation – „ein Übergriff in die verfassungsgebende Gewalt des Volkes“, findet Gauweiler.

Die Abstimmung am Freitag sei eine Image-Katastrophe für das Parlament gewesen, findet der Bayer. Und der Institutionenverfall gehe noch weiter, warnt Gauweiler. Schon gebe es Versuche, die Verfassungsrichter „massiv unter Druck zu setzen“. Als Beispiel nennt er den Festakt zum Abschied von Gerichtspräsident **Hans-Jürgen Papier**. Dort hatte Bundespräsident **Horst Köhler** den Rettungsschirm als „richtig“ und „kraftvoll“ bezeichnet und es „anomal“ genannt, wenn

eine Minderheit ihre politische Meinung „via Karlsruhe durchsetzt“.

Kraftvoll kann Gauweiler auch: „Einen Betrag in Höhe des halben Bundeshaushaltes sollten wir als Pfand geben“, wettet er. „An wen eigentlich?“ Im Fall des Bankenrettungsfonds hätten die Abgeordneten wenigstens gewusst, wie der Sof-fin aussehen solle. „Jetzt haben wir nur einen Waschlappen zu Gesicht bekommen. Niemand weiß, welche Aufgaben und Befugnisse die ominöse Zweckgesellschaft hat, die unsere Milliarden verteilen wird.“

Diese Details werden nicht Ministerialbeamte austüfteln, sondern Anwälte. Wieder einmal soll eine Societät, dieses Mal die Kanzlei Hengeler Mueller, im Auftrag des Finanzministeriums einen Gesetzentwurf schreiben. „Das Ministerium besitzt für derlei komplexe Fragen kein Knowhow“, sagte ein Sprecher. „Daher greifen wir auf eine renommierte Kanzlei zurück.“ Den Namen Hengeler will er offiziell nicht bestätigen. Die Praxis sei üblich, eine Ausschreibung des Mandats verzichtbar. *ama.*